

Europa flüchtet aus die Wirtschaft zerstörenden grünen Initiativen, während Obama weiter zudrückt

geschrieben von Megan Toombs | 12. Februar 2014

In Deutschland zum Beispiel, einer der stärksten Befürworter von Umwelt-Regulationen in der EU, sind die Preise himmelwärts gestiegen auf das höchste Niveau in Europa. Dem *Telegraph* zufolge muss ein drei-Personen-Haushalt bald 90 Euro pro Monat für Strom zahlen, und 300.000 Haushalten pro Jahr wird der Strom abgedreht, weil sie die Rechnung nicht mehr bezahlen können.



Diese hohen Preise sind teilweise den hohen Subventionen (= Steuergelder) für Wind- und Solarenergie geschuldet. Außerdem wird den „grünen“ Energieerzeugern ein garantierter Preis für ihren grünen Strom minimum price for their energy, whether the demand exists or not. Thus, energy prices have doubled in the last ten years, even though, at times, supply has exceeded demand. When supply exceeds grid capacity, Germany must pay its neighbors to t>gezahlt, and es ist vorgesehen, restliche Kraftwerke bis 2022 zu schließen.

Deutschland hat wie alle anderen, die den Standpunkt der Umweltaktivisten übernommen haben, „grün“ über das Wohlergehen seiner Bevölkerung gestellt. Sie haben Gottes Schöpfung vergessen, und das

Ergebnis ist, dass immer mehr Menschen, gewöhnlich die Ärmsten, durch schlechte Politik geschädigt werden. Umweltaktivisten setzen sich vehement für Subventionen zugunsten „grüner“ Energie ein, aber „Du sollst nicht stehlen“ ist ein Gebot, das man nicht vergessen sollte. Deutschland hat Geld von seiner Bevölkerung gestohlen, um damit solare und windige Abenteuer zu fördern, und wie immer in solchen Fällen wird dieses Gehabe annulliert werden müssen, um weiteren und noch größeren Schaden zu verhindern.

Angesichts der besorglichen wirtschaftlichen Lage und den Befürchtungen der deutschen Industrie, bald nicht mehr wettbewerbsfähig zu sein, hat Umweltminister Sigmar Gabriel seinen Plan kundgetan, die „grünen“ Subventionen bis zum Jahr 2015 um ein Drittel zu beschneiden. Aber ist das nicht zu wenig zu spät?

Die EU hat ihre Klimaschutzziele zurückgefahren. Obwohl sie auf europäischer Ebene weiterhin bindend sind, werden die Mitgliedsstaaten nicht länger daran gebunden sein. Die Ziele enthalten immer noch eine „grüne“ Energieerzeugung von 27%, ohne dass den Mitgliedsstaaten jedoch vorgeschrieben wird, wie sie dieses Ziel erreichen.

Die Europäische Kommission hat nach einer „industriellen Renaissance“ in Europa gerufen. Man hat aber erkannt, dass „grüne“ Vorschriften die Industrie schädigen und dass dies ein Grund für die sich abschwächende Wirtschaft ist (Die Arbeitslosigkeit in der EU lag im Oktober bei 10,9%). Daher versucht die Kommission jetzt, eine industriefreundlichere ökonomische Umgebung zu schaffen.

Die Kommission beabsichtigt, die Vorschriften „stabiler und vorhersagbarer“ und die EU-Gesetze „leichter zu machen und bürokratische Hürden abzubauen“.

Eine industriefreundlichere Umgebung besteht aus Gesetzen, die das Fracking nach Schiefergas erlauben. Die EU setzt grundlegende Prinzipien für Gesundheit und Sicherheit fest, wird sich aber „nicht in den Energiemix einmischen, der von den Mitgliedsstaaten gewählt wird“, behauptet Kommissionspräsident José Manuel Barroso.

Dies hat Druck von der UK-Regierung genommen, weiterhin Windparks und Solarfarmen zu errichten, und es hat dem Land freigestellt, Optionen für Kernkraft und Schiefergas zu verfolgen. Premierminister David Cameron verkündete am 27. Januar, dass seine Regierung „80.000 Seiten mit Umwelt- und Bauvorschriften in den Müll werfen will“.

Inzwischen macht Präsident Obama damit weiter, die USA an die Klippe zu führen, indem er mit Plänen fortfährt, die globale Erwärmung zu bekämpfen, die es seit mindestens 17 Jahren gar nicht mehr gibt, und zwar mit Maßnahmen, die bis zur Mitte dieses Jahrhunderts Billionen Dollar kosten, bis zum Ende dieses Jahrhunderts aber keine nennenswerte Abkühlung der globalen Temperatur bringen.

Eines der Mittel von Präsident Obama, den Amerikanern die Agenda der Umweltextremisten aufzuzwingen, ist die Environmental Protection Agency EPA. Deren Krieg gegen die Kohle zerstörte zwischen 13.000 und 17.000 Arbeitsplätze direkt oder indirekt allein im Jahr 2012 [hier], indem sie die Schließung von Kohlekraftwerken anordnete. Kaum war das Jahr 2014 angebrochen, hat die EPA eine Vorschrift erlassen, die die Kohleindustrie effektiv töten wird. Jedes neu gebaute Kohlekraftwerk, egal ob als Neubau oder Ergänzung bestehender Kraftwerke, muss einem Emissionsstandard genügen, der mit der gegenwärtigen Technologie unmöglich zu erreichen ist.

Dann gibt es da natürlich noch die Hindernisse, die der Keystone XL Pipeline in den Weg gelegt werden. Von dieser Pipeline hat der Präsident behauptet, dass sie lediglich „50 dauerhafte Arbeitsplätze“ erzeugen würde. Dabei hat sein eigenes State Department geschätzt, dass bis zu 42.000 Arbeitsplätze entstehen können.



Auf [US-bundes-]staatlichem Niveau gibt es ebenfalls bedeutende ökonomische Schwierigkeiten durch „grüne“ Politik. In Colorado sind die Energiepreise um 20% schneller gestiegen als in allen anderen Staaten der USA. Warum? Weil Colorado den Europäern gefolgt ist und im Jahre 2004 ein Mandat bzgl. erneuerbarer Energie eingeführt hat. Die Preise sind sogar noch stärker gestiegen, nachdem dieses Mandat in den Jahren 2007, 2010 und 2013 immer mehr verstärkt worden ist. Damit belaufen sich die Steigerungen der Energiepreise insgesamt seit 2007 auf 4,2 Milliarden Dollar zusätzlich.

Die Amerikaner werden weiterhin wegen der Umweltvorschriften Arbeitsplätze verlieren. Außerdem werden die Energiepreise noch weiter steigen und die Steuern ebenso. Lassen Sie uns einige Kopfschmerzen ersparen und eine Lektion aus Europa lernen!

Megan Toombs is Communications and Outreach Coordinator for the Cornwall Alliance.

Link:

<http://www.cornwallalliance.org/blog/item/europe-flees-economy-destroying-green-initiatives-while-obama-presses-on/>

Übersetzt von Chris Frey EIKE

Wieder jemand, der vor dem europäischen Weg warnt...! A. d. Übers.